

Hans-Dieter Eibelshäuser  
Frickgasse 4  
89077 Ulm  
+49 163 731 5634  
+49 176 2210 3072  
hadi@eibelshaeuser.de  
www.eibelshaeuser.de

**GesamtElternBeirat Ulmer Schulen**



Hans-Dieter Eibelshäuser, Frickgasse 4, 89077 Ulm

**Schulbeirat**

**26.01.2012**

**G8/G9**

---

**Der Vorstand des Gesamtelternbeirats befürwortet das G8 unter Beibehaltung einer G9 Lösung, er hält aber die zeitliche Festlegung bis zum März nicht für zielführend.**

**Er kann sich auch vorstellen, das G9 nicht an den bestehenden Gymnasien, sondern im Rahmen einer Gemeinschaftsschule zu verwirklichen.**

**Dies sollte aber erst nach Ausarbeitung eines belastbaren Konzeptes durch Schulträger und Eltern umgesetzt werden.**

**Hans-Dieter Eibelshäuser**

1. Vorsitzender



**Der Vertreter der allgemeinbildenden Gymnasien im LEB  
und der Arbeitsgemeinschaften gymnasialer Eltern**

Vorsitzender: Theo Keck  
Geschäftsstelle: Silberburgstr. 158  
70178 Stuttgart  
Tel: 0711 741094 Fax: 0711 741096  
E-Mail: [info@leb-bw.de](mailto:info@leb-bw.de)  
[www.leb-bw.de](http://www.leb-bw.de)

**Bis zu 44 Gymnasien im Land dürfen G8 / G9 parallel führen  
Die Bedingungen führen in die Sackgasse – mit Absicht?**

Die 377 öffentlichen allgemeinbildenden Gymnasien im Land haben dieser Tage Post vom Kultusministerium erhalten. Sie haben dort erfahren, unter welchen Bedingungen die vorerst 22 und im kommenden Jahr nochmals 22 Gymnasien Modellschule für optionale G8- und G9-Züge werden können. Bei den Schulen, die dem Modell bisher positiv gegenüber standen, dürfte das für einige Ernüchterung gesorgt haben. Schon hört man von Schulen, die ihre mit viel Arbeit und Herzblut vorbereiteten Anträge lieber wieder zurückziehen.

Die Umsetzung des G8 hat bei Eltern und Schülern einiges von der grundsätzlichen Hochachtung für das Gymnasium zerstört. Die Schüler seien überfordert - zu viele Unterrichtsstunden und Hausaufgaben, zu viel Stoff und viele nicht altersgerechte Inhalte und Konzepte. Eltern fürchten, dass es den Kindern ganz unabhängig von ihrer intellektuellen Leistungsfähigkeit an der Zeit fehlt, als Persönlichkeit zu reifen. Deshalb haben diejenigen Eltern, die das achtjährige Gymnasium für ihre Kinder als überlastend empfinden, die Idee des neunjährigen Gymnasiums als Option begeistert aufgegriffen – das haben Umfragen mit großer Mehrheit bestätigt. Die neue grün-rote Landesregierung hat sich deshalb auch beeilt, die versprochene Wahlfreiheit für acht- und neunjährige Wege zum Abitur am allgemeinbildenden Gymnasium im Koalitionsvertrag zu vereinbaren.

Der LEB und die Arbeitsgemeinschaften der gymnasialen Eltern (ARGE) haben in ihrer gemeinsamen Pressemitteilung schon im Juli 2011 die angekündigte Wahlfreiheit begrüßt, dabei aber vor allem auf die Notwendigkeit der pädagogischen Weiterentwicklung des Gymnasiums hingewiesen. Der Bildungsbericht 2011 des Landesinstituts für Schulentwicklung attestiert den Gymnasien deutlichen Entwicklungsbedarf bei Leistungsmessung und Differenzierung.

Was nun – ohne die Beteiligung der Elternvertreter aus LEB und ARGE – aus den Verhandlungen der Fraktionen und des Ministerrats herausgekommen ist, ist ein „Begräbnis erster Klasse“. Die Schulen sollen in weniger als 7 Wochen Anträge stellen, die „auf die Eckpunkte des Schulversuchs abgestimmt sind“, und nochmals durch die Gremien führen, selbst wenn sie diesen Prozess bereits hinter sich hatten. Obendrein müssen die gesicherte Vierzügigkeit sowie eine gute Anbindung im Schülerverkehr nachgewiesen werden.

Als abschreckend werden interessierte Eltern und Schüler es empfinden, dass sie sich bereits für die Klasse 5 verbindlich für den G8- oder G9-Zug anmelden müssen, sich also auf Jahre hinaus festlegen sollen. Dass Eltern und Schüler „über die Schwierigkeit eines Schulwechsels in geeigneter Weise zu informieren“ sind, klingt bei den heutigen Mobilitätsanforderungen an berufstätige Eltern auch nicht gerade ermutigend.

Nicht zuletzt beim pädagogischen Konzept melden die Elternvertreter Bedenken an. Die Schulen sollen die zusätzlichen Stunden im G9 in verstärkten Unterricht in Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen investieren, obwohl es nach Elternmeinung den G8-Schülern daran gerade nicht mangelt. Mehr Zeit bräuchten sie stattdessen für fächerübergreifende Projekte und handelndes Lernen.

Die Elternvertreter der Gymnasien beurteilen die Rahmenbedingungen und Eckpunkte für parallele G9-Züge deshalb als für die Praxis ungeeignet und abschreckend und schlimmstenfalls dazu angelegt, das Projekt zu begraben, bevor es richtig geboren ist.



Vorsitzender: Theo Keck  
Geschäftsstelle: Silberburgstr. 158  
70178 Stuttgart  
Tel: 0711 741094 Fax: 0711 741096  
E-Mail: info@leb-bw.de  
www.leb-bw.de

## **Gemeinsame Pressemitteilung der Realschul-Vertreter im LEB**

**Eltern an Realschulen schließen sich dem gemeinsamen Schreiben der Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Eltern ( ARGEn ) der vier Regierungsbezirke und der Vertreter der Gymnasien im Landeselternbeirat an!**

Die Realschulen fangen von Jahr zu Jahr mehr G8-Flüchtlinge auf. Dies stellt an die Schul- und Klassengemeinschaft besonders hohe Anforderungen. Mittlerweile finden in den Realschulen halbjährlich Klassenfindungsprozesse statt.

Die Realschulen gehören damit zu den belasteten Schulen, sogenannte Sandwichschulen, die die G8 Flüchtlinge auffangen müssen. Des Weiteren erfahren sie bereits in Klasse 5 großen Zulauf von Kindern, deren Eltern sie trotz entsprechender Empfehlung nicht auf das Gymnasium schicken wollen, um ihnen den G8 - Stress und das sogenannte „Bulimie-Lernen“ zu ersparen.

Mit großem Interesse haben die Eltern der Realschulen daher die Entwicklung an den Gymnasien nach der Landtagswahl und mit Beginn der Aktivitäten der neuen Landesregierung beobachtet. Sie waren sehr zuversichtlich, dass eine Forderung der Realschulen bezüglich des Zulassens von G9 /G8+ Zügen, bzw. der Nachbesserung von G8, wie auch im Koalitionsvertrag angeklungen, endlich umgesetzt werden würde. Sie hofften darauf, dass damit die Anzahl der G8-Flüchtlinge verringert, negative Schulkarrieren der Kinder verhindert und damit die Realschulen entlastet würden.

Sehr enttäuscht waren sie jedoch, als sich zeigte, dass diese erwünschte Umsetzung kaum erfolgen würde. Sie werten dies als eklatanten Bruch eines auch für sie zentralen Wahlversprechens.

Daher schließen sich die Elternvertreter der Realschulen im LEB den gymnasialen ARGEn und gymnasialen Elternvertretern im LEB an und fordern die Landesregierung unmissverständlich auf:

**die Option eines neunjährigen Weges auf mindestens ein Drittel aller Gymnasien Baden Württembergs auszuweiten und auch kleineren Schulen (weniger als vierzünftig) zu ermöglichen!**

Die Elternvertreter der Realschulen erwarten von der neuen grün-roten Landesregierung, dass sie die in den Jahren der Opposition gemeinsam mit Eltern, Elterninitiativen und Lehrern erhobenen Klagen und Forderungen auch heute noch ernst nimmt und dass sie die Versprechen ihrer Wahlprogramme und des gemeinsamen Koalitionsvertrags einlöst!

Die Vertreter der Realschulen im Landeselternbeirat:

**Sabine Leber-Hoischen, Werner Dietz, Frank Siegwarth, Gabi Wengenroth-Meurisch**